

Meinungsfreiheit hat bei uns Hausmacht

FESTVORTRAG
PROF. DR. CARLO SCHMID
ZUM
90JÄHRIGEN JUBILÄUM
DES
VORWÄRTS

Meine Damen und Herren, der VORWARTS ist nun 90 Jahre alt geworden. Dies ist für eine Zeitung wahrhaft ein biblisches Alter. Einen solchen Jahrestag gilt es zu feiern. Die es tun, ehren damit nicht nur den Jubilar, sie ehren sich selbst, indem sie dieses Stück deutscher Geschichte festlich begehen, indem sie sich zu ihm bekennen. Und der VORWARTS ist ein Stück deutscher Geschichte.

Daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus der deutschen Geschichte nicht weggedacht werden kann, weiß heute nachgerade jeder — auch jene wissen es, die einst glaubten, die Sozialdemokratie sei geschichtslos, „materialistisch“ und kenne kein Vaterland. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aber ist — vor allem war sie es — ohne den VORWARTS nicht zu denken. Darum kann man von ihm nur sprechen, indem man neun Jahrzehnte sozialdemokratische Geschichte wieder wachruft. Die Bedeutung von Zeitungen für die politischen Parteien ist im Laufe dieses Jahrhunderts manchem Wandel unterworfen gewesen, und sicher hat die Presse heute, auch die politische Presse, viel von ihrem Pathos — als Begeisterungsfähigkeit und als Leidensbereitschaft verstanden — verloren, wenn man diese Eigenschaft an den Kämpfen jener Zeiten mißt, die

Honoré Daumier in seinen Lithographien verewigt hat. Aber auch heute schlägt sich das Leben in einer politischen Partei auch in ihrer Presse nieder, und darum gehören Partei und Parteipresse zusammen, wenn man des einen der beiden gedenken will. SPD und VORWARTS haben sich gegenseitig beeinflußt und oft auch befruchtet; oft drückten sich die Richtungskämpfe innerhalb der Partei in Kämpfen um Redaktionsstuhl aus; Streitigkeiten um den redaktionellen Stil der Parteizeitungen zeigten oftmals das Ringen um das Bild und den Stil an, als das die Partei als solche von der Öffentlichkeit gesehen werden will. Der wissenschaftliche Sozialismus fand seinen ersten Niederschlag zunächst in kurzlebigen Zeitschriften und Zeitungen, wobei das Wort kurzlebig nicht den Sinn von bedeutungslos haben soll, ganz im Gegenteil: einige dieser Zeitschriften waren höchst bedeutsam und von großem Einfluß. Ein Beispiel dafür ist das „Westfälische Dampfboot“, das Otto Lüning und Joseph Weydemeyer von 1845 bis 1848 zunächst in Bielefeld erscheinen ließen und das dann in Paderborn als Monatsschrift herauskam. Dieses Blatt brachte im August und September 1847, noch vor dem Kommunistischen Manifest, die erste konsequente Verkündung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Karl Marx. Nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-

Vereins von 1863 schufen sich Lassalleaner und Marxisten ihre eigenen Organe. Von besonderer Bedeutung wurde der „Social-Demokrat“, der zunächst Eigentum seiner Redakteure blieb, aber durch einen Vertrag mit dem Präsidenten Becker des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zum obersten Organ der Partei erklärt wurde — solange wie „die Haltung des Blattes mit der Haltung des Präsidiums im wesentlichen übereinstimmt“. . . Hier haben wir also schon zu Beginn den Niederschlag eines Problems, das hundert Jahre lang das Problem der Parteipresse geblieben ist: Bis zu welchem Grade ist die Redaktion frei, eine andere Haltung einzunehmen als die obersten Parteiorgane? Darüber wird im Laufe dieser Darlegung noch manches zu sagen sein. Die Masse der Leser des „Social-Demokrat“ entsprach der Zahl der organisierten Parteimitglieder, so daß Becker 1865 feststellen konnte: „Man nehme unserem Verein die Organisation, und es bleibt nichts übrig als die Partei der Zeitungsleser, über welche der ‚Social-Demokrat‘ gebietet.“ Die Lassalleaner begnügten sich entsprechend ihrer zentralistischen Organisation immer mit einer Zeitung. Anders dagegen die Marxisten, die 1869 auf dem Eisenacher Kongreß unter Führung von Liebknecht und Bebel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gründeten und die Herausgabe einer Zeitung im Parteistatut beschlossen, in dem es heißt: „Die Partei gründet

eine Zeitung als Organ unter dem Namen ‚Der Volksstaat‘. . . Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramm anzupassen.“ Die beiden Zentralorgane „Neuer Social-Demokrat“ und „Volksstaat“ bestanden nach dem Einigungskongreß von 1875 in Gotha zunächst weiter. Sie verschmolzen im August 1876 zum VORWARTS mit dem Verlag in Leipzig, weil sie zu viele Abonnenten an die allerorten aufblühenden Lokalzeitungen der Partei — 21 an der Zahl — verloren hatten: die erste Nummer erschien am 1. Oktober 1876. In Berlin war schon im Sommer 1875 das Fundament für das dort seit 1891 ebenfalls unter dem Titel VORWARTS bekannte Zentralorgan gelegt worden: die „Berliner Freie Presse“ wurde seit dem 1. Januar 1876 im genossenschaftlich organisierten Selbstverlag der Berliner Parteiorganisation veröffentlicht und nach dem Verbot unter dem Sozialistengesetz ab 1884 als „Berliner Volksblatt“ fortgesetzt, das ab 1. Januar 1891 wieder unter dem Namen VORWARTS die Funktion des alten Zentralorgans übernahm.

Das Bismarcksche Sozialistengesetz vom Oktober 1878 traf 42 sozialdemokratische Zeitungen mit etwa 150 000 Abonnenten; 14 Genossenschaftsdruckereien mit 2500 Arbeitern wurden geschlossen. Ein schwerer Schlag!

Doch die Partei war innerlich stark genug, ihn auszuhalten. Schon auf dem ersten Kongreß nach dem Fall des Ausnahmegesetzes 1890 in Halle konnte August Bebel berichten, daß wieder 60 Parteizeitungen mit insgesamt 250 000 Abonnenten erschienen, davon aber nur 32 Prozent täglich. Die Sozialistische Arbeiterpartei, die sich seit 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands nannte, hatte sich ein schlagkräftiges Instrument der Meinungsbildung geschaffen.

Obwohl Kurt Eisner 1901, damals gerade leitender politischer Redakteur des VORWARTS geworden, jeden Anteil der Presse am Erfolg der Partei verneinte, ist deren Verdienst am Wachsen der Partei hoch anzuschlagen. 1914 gab es 94 SPD-Zeitungen mit einer Auflage von rund 1,5 Millionen, 150 000 entfielen davon auf den VORWARTS! Doch gab es bereits damals im Bericht des Parteivorstandes an den letzten Vorkriegsparteitag in Jena 1913 erhebliche Selbstkritik, die sich in dem einen Satz zusammenfassen läßt: Die Terminologie der Partei sei für die Massen, an die sie herankommen wolle, vielfach unverständlich. Wie wolle man denn in die Schichten eindringen, ohne die man die Macht im Staate nicht erobern könne, wenn man nicht eine Sprache spräche, die allen Leuten verständlich sei? Welchen Weg sollte die Parteipresse nun gehen? Was sollte vor allem der VORWARTS sein und werden? Für wen sollte

er geschrieben werden? Eine Richtung verfocht den Standpunkt, man müsse die nach 1880 aufgekommene General-Anzeiger-Presse nachahmen, um die Auflage zu steigern; eine andere Richtung wollte eine Zeitung haben, die lange Grundsatzartikel bringt und Versammlungsberichte verbreitet. Der erste Weltkrieg entschied diesen Streit. Er verhalf jener Richtung zur Vorherrschaft in der Parteileitung, die bei aller Grundsatztreue eine Presse wollte, die auch numerisch faßbare Erfolge erwarten lassen konnte. Adolf Braun versuchte in Jena die Gründe für das Absinken der Abonnentenziffer zu finden, das bereits vor Kriegsbeginn einsetzte. Dabei bezeichnete Braun 78 der 90 täglich erscheinenden Parteizeitungen als „Schablonenarbeit“. Arno Franke von der „Rheinischen Zeitung“ in Köln trat für einen neuen Stil ein: der Inhalt der Parteizeitungen sei ohne Schuld der Redakteure mit einer Menge Stoff belastet, der in keiner Weise dazu angetan sei, bei den Indifferenten Interesse zu erregen. Es gehe nur einen beschränkten Personenkreis an, was in diesen Zeitungen stehe, und dies nehme den Platz für Sachen fort, die eine Zeitung populär machten. Die Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Tagespresse ergaben sich häufig aus der unbestimmten Organisationsform der Redaktionen. Es war zumeist unklar, wer eigentlich der Chef im Hause war. Gab es zwei oder gar

mehr starke Persönlichkeiten nebeneinander, so kam es nur zu leicht zu Schwierigkeiten. Kautsky stellte sich den sozialistischen Chefredakteur höchst ideal vor: er sei nicht der Herr seiner Mitredakteure, sondern nur der Erste unter Gleichen; er könne seine Autorität nicht aus Partei Deutschlands selten. . . Und selbst wenn seinem Amt ziehen, sondern nur aus der Überlegenheit seines Wissens, seiner Erfahrungen, seiner Fähigkeiten und ihrer freudigen Anerkennung durch seine Kollegen. Solche Männer aber waren selbst in der Sozialdemokratischen sie glücklich gefunden wurden, blieb es unsicher, ob auch die 1897 eingesetzten Pressekommissionen oder andere Kontrollinstanzen die Überlegenheit des Chefredakteurs anerkennen bereit waren; meist war dies nicht der Fall. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges brachte dann den schon lange schwelenden — und bereits im VORWARTS-Konflikt von 1905 erstmals ausgetragenen — Streit zwischen Parteipresse und Parteiorganisation zum Ausbruch. Nach der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 3. August 1914, die sich gegen 14 Stimmen für die Bewilligung der Kriegskredite aussprach, gaben 9 Redakteure des VORWARTS eine Erklärung an Parteivorstand und Presse-Kommission ab, darin stellten sie fest, daß „ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei

und die Erhaltung unserer Presse“ sie hindere, die Kreditbewilligung einer öffentlichen Kritik im VORWARTS zu unterziehen. Die Redakteure bezeichneten die Haltung der Fraktion als inkonsequent und parteischädigend. Die Kreditbewilligung bedeute einen schweren Schlag für die Internationale. Mit dieser Erklärung setzte sich die Redaktion des Zentralorgans in Widerspruch zur Politik des Parteivorstandes und der Fraktion, und dies in einer für Volk und Partei überaus kritischen, ja lebensgefährlichen Situation. Nur zwei Redakteure schlossen sich dieser Erklärung nicht an. Der Widerspruch spitzte sich in den zwei Jahren bis zur Auflösung und Neubesetzung der Redaktion immer mehr zu. Da die Kontrollkommission und die Presse-Kommission des VORWARTS vorwiegend mit Gegnern der Kreditbewilligung besetzt waren, hatte der Parteivorstand einen schweren Stand. Es gelang ihm aber durchzusetzen, daß neben dem internen oppositionellen Zensor Däumig Hermann Müller als Vertreter des Parteivorstandes in die Redaktion aufgenommen werden mußte. Jedoch vermochte Hermann Müller sich der Redaktion gegenüber nicht durchzusetzen, so daß schließlich der Parteivorstand öffentlich die Verantwortung für den VORWARTS ablehnte. Bei der Zwitterstellung, die der VORWARTS als Zentralorgan und als Berliner Organ habe, erklärte Hermann

Müller, sei eine Besserung so gut wie ausgeschlossen. Der spätere Parteihistoriker werde zwar in den Parteiblättern von Chemnitz bis Hamburg etwas finden von den lebendigen Strömungen in der Partei, im VORWARTS hingegen nichts, weil dieser kein Spiegelbild der Zeit sei. Obwohl eindeutig zur Linken tendierend, versuchte das Zentralorgan vorerst eine scheinbar neutrale Stellung einzunehmen, indem es beide Seiten zu Wort kommen ließ. Zwei Drittel der Parteipresse und die gesamte Gewerkschaftspresse blieben bis zum Kriegsende der Fraktionsmehrheit — wenn auch nicht unkritisch — treu. Der VORWARTS aber blieb mit einigen anderen Parteizeitungen in Opposition zum Parteivorstand.

Zwei Ereignisse haben die Spaltung auf dem Höhepunkt des Weltkrieges beschleunigt und endgültig besiegelt: der Aufruf „Das Gebot der Stunde“ und die Umbesetzung der VORWARTS-Redaktion. Am 19. Juni 1915 erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ ein Manifest unter dem Titel „Das Gebot der Stunde“, das von Bernstein, Haase und Kautsky unterzeichnet war und viele Argumente der Minderheit gegen eine weitere Unterstützung der Kriegspolitik enthielt. Zuvor hatte bei der Reichstagsdebatte über den Nachtragsetat am 21. Dezember 1914

der Abgeordnete Geyer im Namen von zwanzig Sozialdemokraten die Kredite abgelehnt. Ein Teil der Fraktion hatte den Saal vor der Abstimmung verlassen. Der VORWARTS stellte sich sofort auf die Seite der Minderheit und kritisierte den Tadel, den die Reichstagsfraktion gegen die oppositionelle Sonderaktion, die die Fraktion gespalten hatte, aussprach. Im März 1916 folgte schließlich der entscheidende Schritt, der zur endgültigen Spaltung der Partei führte. Nach einer stürmischen Auseinandersetzung bei der Abstimmung über den Notetat aberkannte die Mehrheit 18 Mitgliedern der Fraktion, an ihrer Spitze Haase, der bisherige Fraktionsvorsitzende, deren aus der Zugehörigkeit zur Fraktion entspringende Rechte. Die Spaltung der Partei begann; die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und der „Spartakusbund“ zeichneten sich ab. Die Auseinandersetzungen wurden durch die Maßnahmen verschärft, die der Parteivorstand gegen die VORWARTS-Redaktion seit dem Frühjahr 1916 ergriff. Um das opponierende Zentralorgan zu ersetzen, baute der Parteivorstand zunächst die „Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz“ aus. Am 31. März 1916 protestierte der Zentralverband von Groß-Berlin dagegen, daß der Geschäftsführer des VORWARTS, Richard Fischer, im Auftrage des Parteivorstandes Druckerweisungen des Redakteurs Däumig, die

das Manifest der abtrünnigen Abgeordneten betrafen, hat boykottieren lassen. Aufs neue entbrannte der Streit darüber, ob die Redaktion ein Eigenleben führen dürfe — in einer Art „allgemeinen Priestertums des Sozialismus“ — oder ob dem Parteivorstand bei der Darstellung der Politik der Partei im Zentralorgan der Partei eine hervorragende Stelle räumlich eingeräumt werden müsse. Die schärfste Klinge für die Parteidisziplin und den Vorrang des Parteivorstandes führte Wolfgang Heine am 14. September. Er erklärte, es sei unmöglich, daß die deutsche Sozialdemokratie länger ein Blatt ihr Zentralorgan nenne, das in dieser fürchterlichen Zeit, in der Deutschland Gefahr laufe, ein Opfer des Zarismus zu werden, den Sieg Deutschlands nicht wolle! Unterdessen wurde der VORWARTS ein viertes Mal verboten. Der Parteivorstand nahm nunmehr die Kontrolle über den VORWARTS in die eigene Hand. Er setzte Friedrich Stampfer als Chefredakteur ein und verwirklichte so erstmals einen Beschluß des Parteitags von 1913, der die Anstellung eines Chefredakteurs des VORWARTS gefordert hatte. Der VORWARTS hatte unter diesen Vorgängen schwer zu leiden. Vom August 1914 bis Ende 1916 verlor er etwa 70 000 Abonnenten. Für das Jahr 1918 gab er für die Partei die Parole aus: Friede durch Verständigung und mehr innere Freiheit seien zu fordern. Daß in Deutsch-

land aber weder mit Verständigung noch mit mehr innerer Freiheit zu rechnen war, bekam der VORWARTS zu spüren, als er Ende Januar 1918 wegen angeblicher Aufforderung zum Massenstreik auf drei Tage erneut verboten wurde. Erich Kuttner, der für Politik verantwortliche Redakteur, wurde wegen versuchten Landesverrats sogar unter Anklage gestellt. Der Krieg ging zu Ende. Es kam die Demokratisierung des Deutschen Reiches. Nach Ausbruch des Weltkrieges hatte Philipp Scheidemann im Reichstag erklärt: „Wir verteidigen das Vaterland, um es zu erobern“. Diese Eroberung freilich vollzog sich anders, als selbst der radikalste Anhänger einer Revolution es 1914 zu erwarten gewagt hätte. Die SPD hielt sich zwar theoretisch in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg für eine revolutionäre Partei, ja sogar für eine Partei der Revolution — aber sie war längst zu einer demokratischen Partei sozialer Reformen geworden, und das revolutionäre Prinzip dachte sie ausschließlich mit dem Stimmzettel zu verwirklichen. Damit vertrugen sich Barrikadenkämpfe und Aufrufe zur Errichtung der Diktatur des Proletariats schlecht. Man suchte vor allem parlamentarisch-politisch aktionsfähig zu werden und dafür brauchte man unter anderem auch eine intakte Presse. Eine solche zu schaffen, war eine der ersten Bemühungen nach der November-Revolution 1918.

Am Ende dieses Jahres hatten sich die beiden — wenn auch in verschiedenem Grade — demokratischen Gruppen der politischen Arbeiterbewegung, SPD und USPD, schon organisatorisch wieder zu einem gewissen Maße konsolidiert. Der Streit um die Presse war abgeklungen; wenn auch hier und da noch nach der Revolution, vor allem während des Spartakisten-Aufstandes, immer wieder Redaktionen abgesetzt und eingesetzt werden mußten, so bildete die mehrheitssozialistische Presse doch ein verhältnismäßig solides Publikationsmittel für die neue Regierung. Das war in einer Zeit, die weder Rundfunk noch Fernsehen kannte, von größter Bedeutung, zumal die Politik in den ersten Monaten der neuen Republik buchstäblich auf der Straße gemacht wurde. Den sozialdemokratischen Zeitungen fiel die Aufgabe zu, nunmehr außer der Parteipolitik auch die Regierungspolitik zu interpretieren. Das „Glückliche Kinderland“ der Opposition lag, wie Stampfer am 8. Juni 1919 im VORWARTS schrieb, weit hinter der Partei. Am 19. März 1919 stellte der VORWARTS seine Aufgabe folgendermaßen dar: Es gäbe viele Arbeiter, deren Mißtrauen gegenüber allem, was Regierung heißt, sie bisher verhindert habe, sich auf das politisch in Deutschland Neugewordene geistig einzustellen. In ihrer Erinnerung lebe die grundsätzlich oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie

und ihrer Organe so stark weiter, daß sie auch heute in einer Zeit ganz anderer politischer Machtverteilung zwar mit dem Herzen am Neugewordenen, aber stimmungsmäßig doch noch an ihrer früheren Haltung hingen. Daraus erkläre sich, daß sie den VORWARTS als Regierungsblatt und nicht als ein Blatt der Arbeiterpartei ansprächen. Der VORWARTS sei aber weder Regierungsblatt noch Oppositionsorgan im früheren Sinne. Er sei das Organ der Sozialdemokratie Deutschlands und verhalte sich grundsätzlich gegenüber der Regierung, wie es den Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft entspreche. Er wolle die Arbeiterschaft zu positiver Arbeit und zu der Fähigkeit erziehen, als vollwertige Staatsbürger aus eigener Kraft das zu leisten, wonach ihre Hoffnungen strebten. — Das sind gute Worte; sie könnten im Godesberger Programm stehen. . .

Als das Leben in Deutschland sich wieder zu normalisieren begann, konnte man feststellen, daß praktisch alle Zeitungen der SPD den Krieg überstanden hatten. Die Parteipresse hatte am 31. März 1919 bei 1,01 Millionen Mitgliedern über 1,7 Millionen Abonnenten, also etwa 225 000 mehr als im Juli 1914 bei 1,1 Millionen Mitgliedern, dem höchsten Vorkriegsstand. Der Anteil der SPD-Presse am

deutschen Blätterwald jedoch betrug 1919 nur 3 Prozent gegenüber einem Anteil der sozialdemokratischen Wählerstimmen an den abgegebenen Stimmen von 39 Prozent. Gegen dieses krasse Mißverhältnis hat die Partei bis 1933 vergeblich anzukämpfen versucht. Eines der größten Probleme in der Parteipresse war die Personenfrage. Es fehlte an qualifizierten Kräften; die meisten Redakteure waren frühere Arbeiter oder Handwerker oder gingen aus freien Berufen hervor. Systematische Ausbildung der Redakteure war so gut wie unbekannt: man kam zumeist über die Bewährung als Parteifunktionär in die Redaktion. Daß aber ein begabter Agitator nicht auch zwangsläufig ein guter Journalist sein mußte, erwies sich mit den zunehmenden Anforderungen, die der Ausbau der Presse stellte. Zudem waren die Redakteure häufig mit Ehrenämtern und parlamentarischen Aufgaben derart überlastet, daß ihr Beruf und ihre Zeitung naturgemäß zu kurz kommen mußten. Nach dem ersten Weltkrieg wurde daran manches geändert; der Parteivorstand bemühte sich, Volontäre in die Redaktionen zu bringen. Adolf Schulz trat in diesem Zusammenhang auf dem Parteitag von 1919 für die nach der Revolution neu zur SPD gekommenen Parteigenossen ein, indem er erklärte, es sei nicht unbekannt, daß unter den neuen Parteigenossen zahlreiche geeignete Kräfte seien, zur Frucht-

barmachung ihrer Arbeitskraft sei es allerdings notwendig, daß sich die Partei von dem Schlagwort „November-Sozialist“ emanzipiere. Der VORWÄRTS stand in dieser Kampagne an der vordersten Front — nicht immer zur Freude des Stamms der Parteimitglieder. Der Parteitag in Weimar stand — abgesehen von der Pressefrage — im Zeichen heftiger Auseinandersetzungen über den Kurs der Koalitionsregierung Scheidemanns, die seit dem 13. Februar 1919 im Amt war. Der VORWÄRTS mit Friedrich Stampfer stellte sich entschieden auf die Seite Scheidemanns und trat für die Ablehnung des Versailler Vertrages ein; die Mehrheit der SPD wandte sich gegen diese Auffassung. Als die Koalition auseinanderbrach, trat Stampfer von seinem Posten als Chefredakteur zurück. Stampfers Trennung vom Zentralorgan vollzog sich in aller Freundschaft; Paul Bader nahm vorübergehend seinen Platz ein, während Stampfer Mitarbeiter des VORWÄRTS blieb. Am 1. Februar 1920 kehrte Stampfer jedoch wieder in die Redaktion zurück, „weil der Streit um die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgeklungen war“. Der innerpolitische Kampf ging weiter. Nach dem Kapp-Putsch äußerte der VORWÄRTS heftige Kritik an dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske. Gegen die Ansicht des Parteivorstandes, der sich mit Rundschreiben an die Parteipresse wandte,

um ihr Verhaltensmaßregeln in bestimmten politischen Fragen zu geben, hatte Paul Löbe im Parteiausschuß heftige Kritik anzumelden: er meinte, die Presse könne die Haltung der Regierung nur dann verteidigen, wenn sie davon überzeugt sei, daß diese Haltung richtig sei. Diese Überzeugung aber fehle vielfach, vor allem, weil der Kontakt mit den Parteigenossen in der Regierung und in der Nationalversammlung mangelhaft sei. Aber auch der Kontakt zwischen Fraktion und Regierung sei derart schlecht, daß die Abgeordneten oft erst durch die Presse von wichtigen Ereignissen unterrichtet würden.

Die Spaltung des politischen Sozialismus in zwei demokratische Parteien und eine totalitäre — die KPD — wirkte sich lähmend auf das ganze politische Leben Deutschlands aus. Die Wiederherstellung der Einheit demokratischer Arbeiterbewegungen war ein dringendes Gebot. Drei Parteitage der Sozialdemokratie fanden statt, bevor die Einheit der SPD wiederhergestellt werden konnte. Die auf dem Parteitag in Nürnberg am 24. September 1922 symbolisch durch den Handschlag der ältesten Parteigenossen beider Richtungen vollzogene Einigung hatte auf die Parteipresse nicht geringen Einfluß. Die „Freiheit“ wurde eingestellt und ab 1. Oktober 1922 an ihrer

Stelle der VORWARTS als „Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ geliefert. Der verantwortliche Redakteur der „Freiheit“, Emil Rauch, schied aus, Alexander Stein und Ernst Reuter traten von der „Freiheit“ zum VORWARTS über. Die zwanziger Jahre brachten eine allgemeine Auflockerung des sozialdemokratischen Zeitungsstils. Man war bemüht, die Blätter auszubauen und den einzelnen Ressorts größeren Spielraum zu geben; vernachlässigte Sparten wie Wirtschaft und Sport wurden nun stärker beachtet. Als ein Beispiel sei hier die Sportberichterstattung im VORWARTS angeführt. Noch 1921 hatte der VORWARTS etwa über einen Boxkampf zwischen Dempsey und Charpentier folgendermaßen berichtet: „Spaltenlange Berichte in der bürgerlichen Montagspresse. Der geschichtliche Vorgang, wie sich zwei verprügeln, die Nasen blutig schlagen, die Brust zerhauen usw., wird bis ins letzte Detail geschildert. . . Wenn in Parlamenten kluge und bedeutsame Reden gehalten werden, da fährt der Stift des Redakteurs unbarmherzig dazwischen. . . Vielleicht haben die Kommunisten ganz recht, wenn sie im Parlament draufloshauen. Nur so wird auf die Dauer das Parlament der Konkurrenz des Boxrings gewachsen sein. . .“ Am 11. Oktober 1924 hingegen sah der Bericht des VORWARTS über den Boxkampf Cook gegen

Breitensträter so aus: „Breitensträter kletterte mit dem festen Vertrauen auf seine harte Rechte in den Ring und stand der feindurchdachten Technik Cooks mit großem Vertrauen auf sein Können gegenüber. Mit erbitterter Härte suchte er ständig den Nahkampf. Es gelang ihm, dem australischen Meister scharf zuzusetzen. . .“

Die Jahre 1925 und 1926 sind für die Modernisierung der sozialdemokratischen Presse von entscheidender Bedeutung geworden. Am 31. März 1925 trat die „Konzentration AG.“ ins Leben. Sie wurde gegründet, um die Roh- und Hilfsstoffe sowie die Betriebsmittel gemeinsam zu beschaffen und alle Betriebe durch fachmännische Revisoren gemeinsam zu überwachen. Der Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Blättern machte darüber hinaus eine Änderung der Redaktionspolitik notwendig. Zwar blieb das Recht der Organisation, die Redaktionsführung zu beeinflussen, weiterhin erhalten. Die Pressekommissionen waren jedoch in ihren Eingriffsmöglichkeiten gehemmt, wenn die „Konzentration“ die Modernisierung einer Parteizeitung aus „wirtschaftlichen Gründen“ befürwortete. In dieser Übergangszeit vom reinen Parteiblatt zur Massenzeitung zeigte sich klar, wie stark wirtschaftliche Verlagsführung und redaktionelle Gestaltungskraft ineinander

übergreifen müssen, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. In Berlin haben die Kommunisten ihre Macht nicht mit der „Roten Fahne“, sondern mit der Münzenbergschen Zeitung „Welt am Montag“ erobert. Den wirtschaftlichen Bemühungen standen die journalistischen nicht nach. Am nachdrücklichsten dokumentierte sich das auf der Redakteurskonferenz des „Vereins Arbeiterpresse“ am 16. Januar 1926 in Berlin. Das Hauptreferat über den Ausbau der sozialdemokratischen Presse hielt Wilhelm Sollmann. Er führte aus, daß die Parteipresse der bürgerlichen Presse nicht nur zahlenmäßig unterlegen, sondern nach dem Kriege sogar weniger verbreitet war als vorher. Sollmann machte eine Reihe von Vorschlägen: die Einschränkung des politischen Teils brauche nicht zu bewirken, daß dieser „weniger reichhaltig und weniger sozialistisch“ werde; man müsse dazu aber mehr redigieren, mehr streichen, mehr fortwerfen, das gelieferte Material als Rohstoff betrachten und nicht unbesehen in die Setzerei geben. Entscheidend sei die Entpolitisierung des lokalen und provinziellen Teils. Das aber bedeute, weniger polemisieren und statt dessen mehr plaudern. Diese Vorschläge wurden allgemein begrüßt, obwohl es bei den Funktionären der Partei teilweise heftige Kritik wegen der „Amerikanisierung der Parteipresse“ gab. Franz Klühs, der stellvertretende Chefredakteur

des VORWÄRTS, gab im Zusammenhang mit dem als Vorbild angeführten Kopenhagener „Socialdemokraten“ zu bedenken, „was die deutschen Genossen durch ihre Funktionäre sagen würden, wenn auch unsere Blätter Bilder vom bürgerlichen Sport bringen würden. . .“ Ein überaus heikles Kapitel in der Parteipresse war der Anzeigenteil. In einem humorvollen Artikel in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ vom 1. August 1926 fragte Wilhelm Sollmann, weswegen die Parteigenossen so oft gegen Anzeigen von Kriegervereinen, Anzeigen mit historisch-patriotischen Titeln und Heiratsanzeigen protestierten; bezüglich der Heiratsanzeigen meinte er ironisch, Prüderie und bürgerliche Ehe würden kaum irgendwo mehr geschätzt als in der Sozialdemokratie; Lassalles Ideal, die Presse von dem Anzeigen-geschäft zu befreien, sei nach der Entwicklung der seitdem verflossenen sechs Jahrzehnte nicht mehr zu verwirklichen; man solle sich nicht zimperlich zeigen und damit helfen, die Kassen der bürgerlichen Inseratenplantagen noch mehr zu füllen, die mit Annoncengewinnen Politik gegen die Arbeiterklasse machten. Die sozialdemokratische Presse hat den Höchststand ihrer Entwicklung im Jahre 1929 erreicht: es gab in diesem Jahr (mit Kopfblättern) 203 SPD-Zeitungen; 1930 nur noch 196, 1931 wieder 20 weniger und 1932 nur noch 135; von 1929

bis 1932 dürfte die SPD-Presse etwa ein Viertel ihrer Abonnenten verloren haben, genaue Angaben für 1933 liegen nicht mehr vor.

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus, den die SPD seit den September-Wahlen von 1930 mit ständig zunehmender Schärfe zu führen hatte, verwandelte auch das Gesicht ihrer Blätter oft so sehr, daß die nach dem Weltkrieg begonnene positive Entwicklung praktisch rückgängig gemacht wurde. Die Sozialdemokratie verlor bei den Wahlen von 1930 einen Teil ihres Gewinns von 1928, blieb jedoch mit 142 Mandaten die stärkste Partei. Hitlers Partei hatte statt bisher 12 nun 107 Abgeordnete im Reichstag. . . Die Presse der Sozialdemokratie aber hatte in den letzten beiden Jahren der Republik praktisch nur noch eine Aufgabe: Vorbereiterin der zahllosen Wahlschlachten zu sein. Aufrufe und Parolen bestimmten das Bild der Zeitungen, Berichte von Überfällen und blutigen Schlägereien überwogen. Noch zweimal wählte das deutsche Volk im letzten halben Jahr vor der Machtübernahme Hitlers frei einen neuen Reichstag. Sechs Monate lang tobte ein erbitterter Pressekampf, der die sozialdemokratischen Zeitungen auf die Stufe der schon überwunden geglaubten Agitations- und Organisationsperiode zurückwarf. Nachdem die

Nationalsozialisten in den meisten deutschen Ländern die Oberhand gewonnen hatten, mußte die sozialdemokratische Presse Mitte 1932 eine Verbotswelle über sich ergehen lassen. Der VORWARTS wurde am 19. August 1932 verwarnt, weil er von einem „Mißbrauch des Notverordnungsrechtes“ gesprochen hatte. Zehn Tage später durfte er für drei Tage nicht erscheinen, weil er eine Rede von Papens „ein Programm des Verfassungsbruchs“ genannt hatte. Anfang Dezember 1932 wurde dem VORWARTS abermals vom Berliner Polizeipräsidenten mit Verbot gedroht für den Fall, daß er seine Schreibweise nicht mäßige. Ungeachtet der Gefahr antwortete der VORWARTS: „Der Herr Polizeipräsident möge es unterlassen, sich an der Freiheit der Presse zu vergreifen.“ Am 3. Februar wurde der VORWARTS dann mit allen Kopfblättern wegen des Aufrufs der Parteileitung vom 2. Februar zu einer Kundgebung gegen Adolf Hitler für vier Tage verboten. Der aufhebende Entscheid des Reichsgerichts kam zu spät, am folgenden Tage wurde das Ende der Pressefreiheit mit der Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des deutschen Volkes“ verkündet. Der Reichstagsbrand vom 27. Februar lieferte Göring den willkommenen Vorwand, die sozialdemokratische Presse aus der Wahlkampagne auszuschalten. Ein Funkspruch des Preußischen

Ministeriums des Innern in der Nacht zum 28. Februar unterdrückte alle sozialdemokratischen Druckschriften für zwei Wochen. Die Zeitungsverbote wurden am 13. März durch Funkspruch um weitere zwei Wochen verlängert und abermals am 27. März, so daß sozialdemokratische Zeitungen in Preußen zum letztenmal am 28. Februar erschienen waren, anders als in den Teilen des Reiches, die dem Einfluß Görings nicht unterstanden. Dort konnten noch bis Anfang März einige Blätter herausgegeben werden. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ verzeichnet aber Mitte April kein neues Verbot sozialdemokratischer Zeitungen mehr, sondern nur noch Verlängerungen bestehender Verbote. Am 10. Mai 1933 wurde das gesamte Vermögen der Partei in Deutschland beschlagnahmt und damit die letzte Möglichkeit, den Kampf legal zu führen, vernichtet. Die Enteignung der mehr als hundert sozialdemokratischen Druckereien entzog auch den letzten Parteiorganen, die noch als farblose Nachrichtenblätter existierten, die Lebensgrundlage. Während sich in Deutschland das große Schweigen über das Ende der sozialdemokratischen Presse senkte, versuchte der Parteivorstand der SPD, der sich vorläufig in Prag etabliert hatte, neue Publikationsmöglichkeiten zu erschließen. Mit der Parteileitung war auch das Zentralorgan VORWARTS zunächst nach Prag emigriert und wurde dort und später

in Paris unter dem Titel „Neuer VORWARTS“ bis 1940 fortgeführt. Nach dem Kriege mußte die sozialdemokratische Presse von Grund auf neu beginnen. Am 15. September 1948 wurde durch einen Beschluß des Nürnberger Parteitages der VORWARTS als Wochenzeitung wiedergegründet: er übernahm wieder die traditionelle Funktion des zentralen Parteiorgans.

Auch heute noch gibt es in der Partei Diskussionen darüber, wie der VORWARTS geführt werden soll. Soll er eine Tageszeitung werden, soll er weiter eine Wochenzeitung bleiben? Für jede der beiden Alternativen gibt es gute Gründe. Aber noch scheint mir die Zeit für ein täglich erscheinendes Zentralorgan der Partei nicht gekommen zu sein. Die zweite Frage, die diskutiert wird und weiter diskutiert werden wird, ist: Soll die Redaktion des VORWARTS vom Parteivorstand völlig unabhängig sein? Sollen die Redakteure unter der Verantwortung des Chefredakteurs oder unter kollektiver Verantwortung der Redaktion stehen? Soll der Parteivorstand bestimmte Artikel untersagen können? Soll den Redakteuren gekündigt werden können, wenn sie andere Auffassungen vertreten als sie dem Parteivorstand genehm sind? Soll der Inhalt des Blattes in erster Linie oder gar ausschließlich politisch sein, oder soll

nicht vielmehr versucht werden, ein Publikationsorgan zu schaffen, das alle Bereiche des Lebens ins Auge faßt und außer über Politik auch über Wirtschaft, Literatur und Kultur im allgemeinen berichtet, und zwar mit gleicher Qualität in allen diesen Bereichen? Über all diese Dinge wird man sich nur in einem langen Entwicklungsprozeß eine sichere und feste Meinung bilden können. Die Presse ist ein unendlich empfindliches Instrument, und eine Parteipresse ist es in ganz besonderem Maße. Lassen Sie mich meinen Exkurs zur Geschichte der Parteipresse und unseres VORWARTS abschließen mit einem Satz, der ungeschrieben über all den Dingen, die ich hier nur kurz beleuchten konnte, steht und der bis heute seine Gültigkeit nicht verloren hat und nie verlieren darf. Er steht in der Essener „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Februar 1915: „Die Meinungsfreiheit hat bei uns immer in weitestgehendem Maße Hausmacht gehabt; so sollte es auch in Zukunft bleiben, denn dabei ist die Sozialdemokratie groß und stark geworden.“